

Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Kiel  
AKJS e.V., Holtener Straße 238 • 24106 Kiel



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innen- und Rechtsausschuss  
Barbara Ostmeier

Tel.: 0431 260 6873  
mobil: 0172 9820 659

Website:  
[www.beranet-sh.de](http://www.beranet-sh.de)

Postfach 7121  
24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/3437

Kiel, 06.10.2014

**Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der CDU für Schleswig-Holstein „Allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegenwirken“**

**Drucksache 18/1982**

Sehr geehrter Frau Ostmeier,  
Sehr geehrte Abgeordnete,

für die Möglichkeit zur Stellungnahme aus der Sicht der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus danken wir Ihnen sehr herzlich.

Beratung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gibt es in Schleswig-Holstein seit 2009 durch die Einführung des Bundesprogramms „kompetent für Demokratie-Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Zu Beginn des Projektes waren landesweit zwei BeraterInnen in Trägerschaft der *Aktion Kinder und Jugendschutz e.V. (AKJS)* aktiv, 2011 kamen mit dem neuen Träger *Arbeiterwohlfahrt Landesverband S-H e.V. (AWO LV S-H)* noch zwei BeraterInnen und bei der *AKJS* eine hinzu.

Seit Herbst 2013 gibt es über die **Einrichtung des „Landesprogrammes zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung“** zusätzlich zum bestehenden Team mit Sitz in Kiel drei weitere Beratungsstellen über das Land verteilt, die Beratung, Prävention und Fortbildung vor Ort anbieten. Aus unserer Sicht ist dieser Ansatz, die Beratung regional zu verankern sowie durch Präventionsarbeit zu erweitern, richtig und wichtig.

Im Antrag der CDU wird gefordert, die Präventionsarbeit auf alle Formen des Extremismus zu erweitern. Um der Komplexität des Themas gerecht zu werden, ist eine fundierte Fachexpertise und Herangehensweise explizit zu Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unbedingt notwendig, die aus unserer Sicht nicht auf andere Formen des Extremismus übertragbar sind.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass rassistische, antisemitische, nationalchauvinistische und andere extrem rechte Einstellungen in allen Teilen der deutschen Gesellschaft verankert sind und

mitnichten nur am Rand der Gesellschaft auftreten. Für eine gelungene Bekämpfung des Phänomens sind also nicht nur die organisierten und ideologisch gefestigten Rechtsextremen in den Blick zu nehmen, sondern auch deren Akzeptanz in der Bevölkerung und die Verbreitung entsprechender Einstellungen. So zeigt unserer Arbeit, dass es zwar einerseits darum geht, über die extreme Rechte aufzuklären: Die RBTs bieten viele Fortbildungen und Informationsveranstaltungen an, bei denen es um die „Gefahren und Strukturen“ von Rechtsextremisten, sowie um deren „Strategien zur Gewinnung von Anhängern“ geht.

Im gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremen besteht andererseits **ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit darin, darüber aufzuklären, worin die Bedrohung des Rechtsextremismus für die demokratische Gesellschaft liegt.** Denn die Beurteilung, ob Rechtsextremismus ein Problem ist, ist auch eine Frage der Wahrnehmung auf Grund der eigenen Lebensrealität. Eine Gefährdung durch verbale und/oder körperliche Angriffe von Rechtsextremen und menschenverachtendes Verhalten trifft eben selten Angehörige der Dominanzkultur.

Rechtsextreme sind immer dann gefährlich, wenn sie einen Resonanzraum für ihre Inhalte finden. Wie zum Beispiel in der „Sexualstraftäter“-Debatte, in der Rechtsextreme geschickt mit berechtigten Ängsten von besorgten Eltern spielen und damit deren Ideologie für die „Mitte“ der Gesellschaft anschlussfähig wird. Zu nennen ist hier auch die Instrumentalisierung von Auseinandersetzungen um den Bau von Moscheen, bei denen Rechtsextreme weit verbreitete Vorurteile gegenüber Muslimen für ihre Propaganda nutzen.

Vor diesem Hintergrund sind **Beratungen von Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen oder gar Städten und Kommunen** oft langwierige Prozesse, in denen die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im besten Fall zu einem gestärkten demokratischen Selbstverständnis führt, welches sich gegen alle ideologischen Phänomene der Ungleichwertigkeit richtet.

Neben der Beratung und Unterstützung von Menschen und Einrichtungen, die mit organisiertem und ideologisiertem Rechtsextremismus konfrontiert sind, haben wir auch viele Anfragen aus anderen Bereichen: Lehrer, in deren Klassen nicht-weiße Schüler rassistisch diskriminiert werden. Menschen, die wegen ihrer behinderten Kinder von Nachbarn angefeindet werden. Pädagogische Fachkräfte, deren Klienten sich abfällig über demokratische Werte äußern.

Im pädagogischen Kontext der Prävention sehen wir unsere Aufgabe in der Bekämpfung rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlicher Einstellungen, sowie einer Stärkung von Demokratie und Menschenrechten auch im Kleinen. Hierbei steht notwendigerweise die deutsche Mehrheitsbevölkerung im Fokus.

Für die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Sicherheitsbehörden mag es sinnvoll sein, Gruppierungen auf ihre Staatsfeindlichkeit hin zu überprüfen und qualitativ unterschiedliche Phänomene wie Islamismus und Rechtsextremismus zusammen zu denken. Für pädagogische Arbeit, insbesondere im Jugendbereich, sind aber häufig weniger politische, als soziale Kategorien entscheidend: In der Präventionsarbeit der RBTs steht die Förderung von Toleranz und einem gleichberechtigten Miteinander im Fokus.

Aus unserer Sicht macht es durchaus Sinn, dem Phänomen Islamismus mit einem langfristigen Präventionsangebot entgegen zu wirken. Dafür aber sollte die vorhandene bundesweite Expertise mit Vereinen wie *ufuq.de*, der *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus* oder das Programm ‚Hayat‘ vom *Zentrum für Demokratische Kultur* einbezogen und ein passendes Angebot für Schleswig Holstein entwickelt werden.

Den im Antrag formulierten gesamtgesellschaftlichen Ansatz “Radikalisierungstendenzen frühzeitig entgegen zu treten“ begrüßen wir sehr. Vor diesem Hintergrund erscheint es uns allerdings sinnvoll, die seit 2009 bestehenden Strukturen der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Schleswig Holstein endlich nachhaltig zu verankern. Um diesen politischen Auftrag glaubwürdig umzusetzen, bedarf es dazu der Einrichtung unbefristeter Arbeitsverhältnisse und eine verlässliche Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Mirjam Gläser und Antja Groeneveld

im Auftrag des RBT Kiels (in Trägerschaft der *Aktion Kinder und Jugendschutz e.V* und *Arbeiterwohlfahrt Landesverband S-H e.V.*)